

# NEWSLETTER

Herausgeber:  
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

**SEPTEMBER 2016**

## Sehr geehrte Damen und Herren

Mehrmals haben wir in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der vom Bundesrat geplante **Rahmenvertrag** mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz mit **enormen Risiken** für die Wirtschaft verbunden ist: Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts würde die Bürokratie Brüssels mit ihrem Regulierungswahn ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies brächte ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Regulierungen zu Lasten unserer Unternehmungen.

Die EU sieht das offensichtlich anders und lässt wissen, dass eine gemeinsame Lösung zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) nur möglich sei, wenn die Schweiz zugleich ein institutionelles Abkommen zur Lösung von Streitigkeiten mit der EU akzeptiere.

Nun hat der **Bundesrat reagiert** und seinen Unterhändler in Brüssel offenbar angewiesen, keine weiteren Gespräche mit der EU zur MEI zu führen: **Solange die Verknüpfung der beiden Vorlagen von der EU aufrechterhalten werde, gelte der Unterbruch der Gespräche.**

Selbst Bundesrätin Simonetta Sommaruga (Justizministerin) sagt im Interview: «Was wir nicht akzeptieren können, ist eine rechtliche Verknüpfung der beiden Dossiers.» Und weiter: «Zwar werde der Bund dereinst ein Rahmenabkommen benötigen, doch zurzeit sei **eine solche Vorlage in der Schweiz chancenlos** – und schlussendlich «Eine gescheiterte Abstimmung nützt niemandem».

PERSPECTIVE CH verfolgt die Debatte weiterhin aufmerksam und setzt sich weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln **gegen ein solches Rahmenabkommen ein, welches die Schweiz derart an die EU bindet, dass wir ohne Mitsprache des Volkes fremdes Recht und fremde Richter übernehmen müssen!**



## 1. Englands klare Botschaft

Mit einer knappen, aber klaren Mehrheit haben sich die Briten Ende Juni für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Die Politiker und Kommentatoren in Europa standen unter Schock. Was jahrzehntelang undenkbar schien, ist Tatsache geworden: Grossbritannien, die einstige Weltmacht, das drittgrösste Mitgliedsland, die zweitgrösste Volkswirtschaft, verlässt die Europäische Union.

Im besten Fall ist der «Brexit» ein heilsamer Schock für die EU. Im schlechtesten Fall ist es der Anfang vom Ende der EU: Einen weiteren Austritt dürfte die EU kaum überleben.

### Aus dem Inhalt

- |                                                                   |                                |
|-------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Englands klare Botschaft                                       | 5. Termine und Veranstaltungen |
| 2. Eine Asylpolitik, die kaum noch jemand versteht                | 6. Publikationen               |
| 3. Unternehmerisches Umfeld:<br>Was erwarten wir von der Politik? | 7. Mitgliederwerbung           |
| 4. NEIN zur schädlichen Energiestrategie 2050                     |                                |

BEILAGE: Pressespiegel

WAS IST SCHIEFGELAUFEN? – Überhaupt nichts! In den Augen der Brüsseler Unionisten hat Premierminister David Cameron einfach eine ganz grosse Dummheit begangen, nämlich einen Volksentscheid herbeigeführt. Und das darf man nicht und macht man nicht. So sehen es wenigstens die Eurokraten und hierzulande die unverbesserlichen Euroturbos. Dazu darf auch Tim Guldemann, Nationalrat und ehemaliger Botschafter in Deutschland, gezählt werden, der «die Schweiz für schizophren» hält bezüglich der Offenheit unseres Landes, wie er sich im NZZ-Interview vom 4. August 2016 äusserte: Kaum zu glauben, dass uns solche Leute im Ausland vertreten.

ARROGANTE REAKTIONEN: Die Nachricht aus Grossbritannien schlug am 24. Juni 2016 in der EU-Machtzentrale wie eine Bombe ein. Kaum jemand rechnete ernsthaft mit einem «Brexit». Entsprechend die Kommentare:

**BROCKHAUS Enzyklopädie  
21. Ausgabe, Band 15, Seite 484:**

**Kontinentalsperre**, die Maßnahmen NAPOLEONS I. zur wirtschaftl. Abschließung des europ. Festlandes gegen Großbritannien, eingeleitet durch das Dekret von Berlin (21. 11. 1806), das den Handel mit Großbritannien und mit brit. Waren verbot, vollendet durch die Dekrete von Trianon und Fontainebleau (1810). Großbritannien antwortete 1807 mit dem Verbot für alle neutralen Schiffe, frz. Häfen anzulaufen, und mit der Blockade der Häfen Frankreichs und seiner Verbündeten. Die Folge war ein ausgedehnter und Gewinn bringender Schmuggel. Die K. schädigte das brit. Wirtschaftsleben schwer, traf aber den festländ. Handel ebenso und verteuerte die Lebenshaltung; ferner hemmte sie die industrielle Entwicklung.

**Wiederholt sich die Geschichte?**

«Aber auf lange Sicht litt Frankreich mehr. Und Napoleons «Kontinentales System» war faktisch nicht durchsetzbar»

**«Grossbritannien muss die EU möglichst rasch verlassen»**  
(Martin Schulz, Präsident des EU-Parlamentes)

**«Grossbritannien muss zur Kenntnis nehmen, dass es keine Verhandlungen oder Vorgespräche geben kann, solange der Antrag nach Artikel 50 nicht gestellt wurde»**  
(Bundeskanzlerin Angela Merkel)

**«London wird sich in den nächsten Wochen wundern»**  
(EU-Kommissar Günther Oettinger)

**«In den grossen Fragen sollte das Volk nicht direkt entscheiden dürfen»**  
(Ulrich Reitz, Chefredaktor FOCUS)

**«Die Schweiz soll der EU beitreten, falls keine Einigung mit der EU bei der Personenfreizügigkeit gelingt und die bilateralen Verträge wegfallen»**  
(Christa Markwalder, Nationalratspräsidentin)

## Wie und wann kommen die Briten jetzt raus aus der EU?

Fast alles ist in den EU-Verträgen geregelt – auch der Austritt eines Mitgliedslandes. Die Details sollen nach Artikel 50 innerhalb von 24 Monaten ausgehandelt werden. Die Frist läuft erst ab Antragstellung und kann einstimmig verlängert werden. Den Briten fehlen noch sechs Schritte bis zum eigentlichen Brexit:



Nach dem Entscheid der Briten wurden sofort Stimmen laut, welche offensichtlich nach Bestrafung und Revanche rufen. Gegenüber der Schweiz wurde nach Annahme der MEI die Bestrafung durch die Einstellung von Forschungsprojekten sofort umgesetzt.

Was das Vereinigte Königreich betrifft, war man sehr voreilig, wie man das abtrünnige Land bestrafen solle. Inzwischen setzt sich die Erkenntnis durch, dass **eine weitere Vertiefung der EU als Antwort auf den Brexit falsch wäre: DIE EU MUSS SICH NEU ERFINDEN – DER KURS EINER IMMER ENGEREN INTEGRATION IST GESCHEITERT.**

## 2. Eine Asylpolitik, die kaum noch jemand versteht



Philipp Müller,  
Ständerat, Reinach (AG)

Die Asylpolitik der Schweiz lässt sich beim besten Willen nicht mehr als verständlich und nachvollziehbar bezeichnen. Das zeigt alleine schon die Tatsache, dass bei den Eritreern die Anerkennungsquote ein Drittel höher liegt als bei den Syrern, die aus einem zerbombten Land geflohen sind.

Werden die eritreischen Asylbewerber nicht als Flüchtlinge anerkannt, erhalten Sie eine vorläufige Aufnahme, was letztlich auf dasselbe hinausläuft. Und dies, obwohl in Eritrea keine kriegerischen Handlungen erkennbar sind.

Auch vorläufig aufgenommene Flüchtlinge erhalten – wie anerkannte Flüchtlinge – die volle Sozialhilfe nach Massgabe der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Faktisch kann jeder Eritreer, der es in die Schweiz geschafft hat und hier bleiben will, diesen Wunsch auch durchsetzen. Das Parlament ist diesbezüglich machtlos, das Justiz- und Polizeidepartement von Bundesrätin Sommaruga kann frei walten.

### Einfluss über die Finanzen

Es stellt sich also die Frage, wie einer derart unverständlichen Asylpolitik entgegengetreten werden kann. Noch mehr und strengere Gesetze verfehlen ihre Wirkung, werden sie doch ohnehin nicht durchgesetzt. Wir haben ein Vollzugs- und Umsetzungsproblem.

Die Lösung liegt auf der Hand. Das Parlament kann nur über die Zuteilung der Geldmittel Einfluss nehmen. Daher habe ich in der Juni-Session im Ständerat eine Motion eingereicht, die genau dort den Hebel ansetzt. Innert kürzester Zeit ist dieser Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Ständeräten und Ständerätinnen unterzeichnet worden. Die Motion beinhaltet die nachstehende Forderung:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Asyl- und Ausländergesetz dahingehend zu ändern, dass der Bund die ersten zehn Jahre die vollen ungedeckten Kosten für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge übernimmt. Falls die Kantone jedoch die Ausschaffung zu wenig konsequent vollziehen und die Integration von länger in der Schweiz verbleibenden Personen aus dem Asylbereich vernachlässigen, sollen sie für diese Versäumnisse selber aufkommen müssen. Ziel muss sein, dass im Asylbereich vollumfänglich ein Verursacherprinzip durchgesetzt wird.



Wählen Sie die Ihnen genehme Zahl der illegalen Migranten, welche tagtäglich in die Schweiz gelangen: Die Zahlen von heute? Jene von gestern? Jene der letzten Woche, des letzten Monats oder des ganzen Jahres? – **Die derzeitige Situation ist an Dramatik kaum mehr zu überbieten. Ohne absehbares Ende.**

### Tickende Finanzbombe

Zugrunde liegt dieser Forderung die Problematik, dass viele Kantone leider noch nicht erkannt haben, welche tickende Finanzbombe hier gezündet worden ist. Die extrem hohe Schutzquote (Anerkennung als Flüchtling und vorläufige Aufnahme) führt dazu, dass enorme und ruinöse Kosten auf die Gemeinden und die Kantone zukommen.

### Verursacherprinzip im Asylbereich

Bei einem Anstieg der Asylgesuche geraten vor allem die Kantone, aber auch die Gemeinden unter Druck. In absehbarer Frist kommen insbesondere durch die grosszügige Bundespraxis bei der Anerkennung von Flüchtlingen und der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen für vorläufig Aufgenommene enorme Kosten auf die Kantone und die Gemeinden zu.

Das Verursacherprinzip muss daher konsequent durchgesetzt werden. Damit soll beim Bund ein finanzieller Anreiz entstehen, die gesetzlichen und völkerrechtlichen Möglichkeiten für eine restriktive Anerkennungs- und Aufnahmepraxis auszuschöpfen. Bisher beteiligt sich der Bund nur die ersten fünf bis sieben Jahre an den Kosten der anerkannten und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge.

Die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt und damit deren finanzielle Selbstständigkeit wird durch die hohe Zahl und die kulturellen wie auch sprachlichen Hindernisse zunehmend schwieriger. Sie haben zu einem grossen Teil Anspruch auf Sozialhilfe, welche die Kantone und die Gemeinden unter Umständen für Jahrzehnte übernehmen müssen. Falls hingegen die Kantone bei der Ausschaffung oder der Integration nicht konsequent handeln, sollen sie für die finanziellen Konsequenzen selber haften. Nur ein konsequentes Verursacherprinzip kann eine Änderung der heutigen Aufnahmepraxis bewirken.

### 3. Unternehmerisches Umfeld: Was erwarten wir von der Politik?

(Auszug Präsidialaussprache, Mitgliederversammlung AIHK, 12. Mai 2016)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir alle sind am Kämpfen. Willkommen in der Kampfpause! Ich entbiete Ihnen meinen Respekt und meinen Dank für Ihren Einsatz in den Betrieben und Ihr Hiersein. Sie zeigen uns damit Ihre Verbundenheit mit unserer gemeinsamen Sache.



Daniel Knecht,  
Vorstandsmitglied  
PERSPECTIVE CH,  
Unternehmer, Präsident  
Aargauische Industrie-  
und Handelskammer

Machen wir uns nichts vor: Wechselkursschock und der gleichzeitige Paradigmenwechsel im Handel, hin zu den elektronischen Plattformen, zwingen unsere Wirtschaft in den grössten Umstrukturierungsprozess der letzten 25 Jahre. In diesem Anpassungsprozess sind wir erst mitten drin. Er dürfte sicher noch ein weiteres Jahr anhalten. Je nach Branche ist die Betroffenheit aber völlig unterschiedlich. Die Lage über alles ist auch für mich überraschend robust. Hoffen wir, dass wir uns nicht in Scheinsicherheit wiegen. Denn: Wenn Sie die Füsse im Höllenfeuer und den Kopf im Polarkreis stecken haben, so ist die durchschnittliche Temperatur angenehm!

Die aktuelle Lage in den Unternehmen sieht zum Teil düster aus. Kostensenkung, Auslagerung müssen geprüft oder sogar Schliessung erwogen werden.

Erfreulicherweise gibt es aber auch Betriebe, denen es gut geht. Eine grosse Gruppe von Unternehmen schätzt die Lage als befriedigend ein. Allen gemeinsam ist aber die Unsicherheit.

#### Was erwarten wir von der Politik – und was soll sie besser lassen?

Die Politik kann erfolgreiches Wirtschaften erleichtern, erschweren oder gar verunmöglichen. Was sie nicht kann, ist die Wirtschaft durch Eingriffe nachhaltig positiv beeinflussen. Die gescheiterte Industriepolitik, beispielsweise in Frankreich, legt für diese Aussage ein klares Zeugnis ab. Wir wollen denn auch keine Subventionen. **Planwirtschaftliche Eingriffe lehnen wir ab.** Unsere Exportwirtschaft muss Käufer für ihre Produkte ausserhalb der Landesgrenzen finden. Weder der Kanton Aargau noch die Eidgenossenschaft können einen Bestells- oder Margenrückgang ausgleichen und als «buyer of last resort» wirken. Der Staat soll «nur» günstige und langfristig stabile Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit gewährleisten. Da befinden wir uns leider nicht auf gutem Wege.

Es werden immer neue und umfangreichere Regulierungen geschaffen: Gemäss LexFind (ein Portal der in diesem Zusammenhang wohl unverdächtigen Staatsschreiberkonferenz) sind gestern [am 11. Mai 2016] auf schweizerischer Ebene 4934 Erlasse in Kraft gestanden, in den 20 Tagen davor sind 15 Änderungen in Kraft getreten. Für den Kanton Aargau liegen diese Werte bei 482 beziehungsweise 4. Für die kommunalen Regeln fehlen entsprechende Zahlen. **Die Regulierungen aller drei Ebenen zusammen umfassen zehntausende von Seiten.**

Diese **Verrechtlichung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit** basiert auf dem Irrglauben, es könne und müsse alles detailliert geregelt sein und es ergebe sich daraus die absolute Gerechtigkeit. Nein, es werden dadurch einzig zeitgerechte Entscheide erschwert oder sogar verunmöglicht. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Umsetzung der neuen Rechnungslegungsvorschriften im OR hat den KMU wesentliche Mehrarbeit gebracht, ohne dass daraus ein Nutzen resultierte. Für die Anpassung von Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang musste mein Finanzchef persönlich netto eine Woche Arbeit zusätzlich aufwenden. Er fehlte bei anderen Projekten! Wem bringt das bei meinem Familienunternehmen etwas? Ich bin überzeugt, viele der hier Anwesenden können mit ähnlichen unerfreulichen Beispielen aufwarten.

«Die Verrechtlichung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit beruht auf dem Irrglauben, es könne und müsse alles detailliert geregelt sein und es ergebe sich daraus die absolute Gerechtigkeit»

Mit jeder weiteren Initiative und mit jedem weiteren Referendum nimmt die Rechtssicherheit ab. Auch das ist gefährlich für unsere Konkurrenzfähigkeit. Stabile Regeln waren lange ein wesentlicher Pluspunkt für die Schweiz.

Unser Kern-Wunsch an die Politikerinnen und Politiker ist deshalb eigentlich ganz bescheiden: **Lassen Sie uns doch bitte einfach in Ruhe arbeiten!** Überlegen Sie jeweils nicht, *welches* neue Gesetz ein aufgetretenes Problem lösen könnte. **Fragen Sie sich vielmehr, ob es überhaupt eine neue Regelung braucht.** Vielleicht löst sich das bekannte Problem ohne Eingriff der Politik einfacher oder sogar von selbst. Fortgeschrittene können sich zusätzlich fragen, welche der bestehenden Regulierungen abgebaut werden können. Weniger Regeln kosten im Vollzug weniger und tragen so auch zu gesunden Staatsfinanzen bei. Und das wollen wir ja alle.

Ebenfalls wichtig für den wirtschaftlichen Erfolg sind neben der Steuersituation die **Schaffung und der Unterhalt von leistungsfähigen und zuverlässigen Infrastrukturen.** Ohne Mobilität steht unsere Wirtschaft still.

Das können und wollen wir uns nicht leisten. Im Schienen- wie im Strassenverkehr ist die heutige Situation bereits schwierig. Sie droht ohne entsprechenden Ausbau bereits in kurzer Zeit untragbar zu werden. Die vorhandenen Mittel müssen dementsprechend zielgerichtet eingesetzt werden, die Planungs- und Bewilligungsverfahren müssen den übergeordneten Interessen gemäss schneller ablaufen.

Notwendig, aber schwierig ist die **Klärung unseres Verhältnisses mit einem Europa, das selber in Unsicherheit steckt**. Die innere Uneinigkeit und die Abstimmung über den Austritt Grossbritanniens am 23. Juni lassen grüssen. Anstecken lassen dürfen wir uns nicht. Anzustreben ist eine pragmatische, wirtschaftsverträgliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Alle politischen Lager sind aufgerufen, ihren (Kompromiss-)Beitrag zur Lösung des Knotens zu leisten. Als Grenzkanton ist es für den Aargau besonders wichtig, dass Grenzgänger nicht zahlenmässig beschränkt oder unnötig reglementiert werden. Für den Industrie- und KMU-Kanton Aargau ist es entscheidend, dass Fachkräfte weiterhin in der EU rekrutiert werden dürfen, sofern sie in der Schweiz nicht zu finden sind. Das soll auch administrativ einfach sein. Ein weiterer Ausbau der flankierenden Massnahmen ist deshalb aus unserer Sicht abzulehnen.

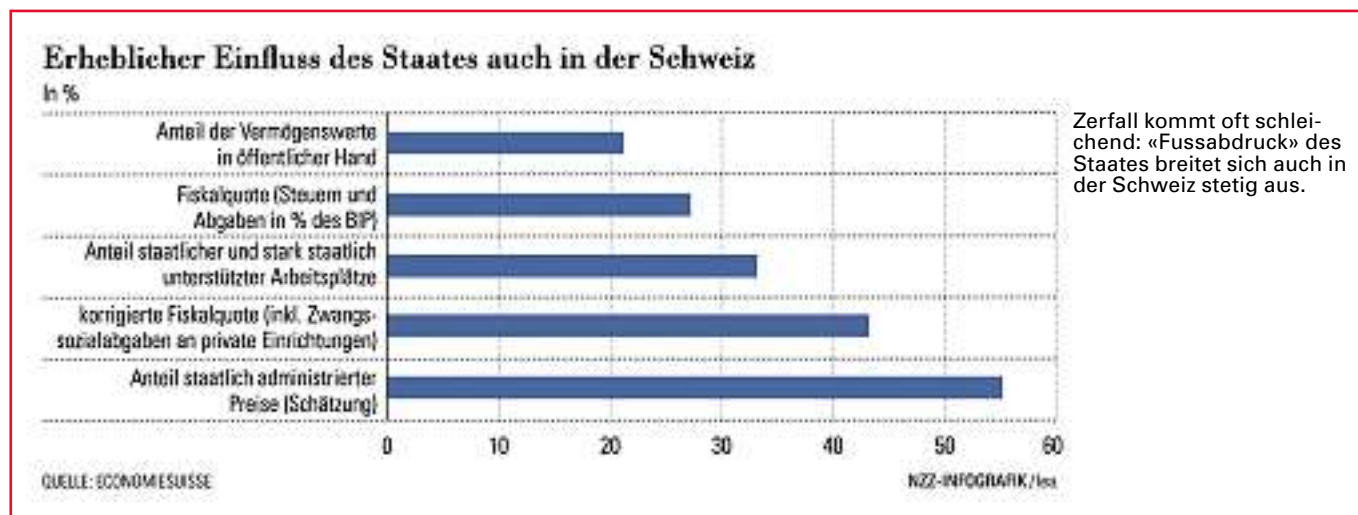
Nutzen wir die Chance bei den nächsten Wahlen. Wählen Sie Personen in Regierung und Parlament, welche wirtschaftsfreundlich sind und die Überregulierung vermeiden oder sogar abbauen wollen.

### Was können und müssen wir Unternehmer selber tun?

Wir als Unternehmer müssen den grössten Beitrag für eine erfolgreiche Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts selber leisten. Dies können wir – wie gewohnt – mit grossem Eigenengagement tun und dürfen dabei auch auf die Unterstützung unserer Mitarbeitenden zählen. Die Pflege der Sozialpartnerschaft und gute Arbeitsbedingungen für die auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Personengruppen sind dabei wichtig. Denken wir daran: Die Zahl der im Inland verfügbaren Arbeitskräfte nimmt in den kommenden Jahren markant ab, wenn die Babyboomer-Generation nun nach und nach in den Ruhestand tritt. Dieser Herausforderung müssen wir mit geeigneten Massnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit von Fachkräften auf betrieblicher Ebene begegnen. Dafür braucht es Aus- und Weiterbildung, nicht staatliche Zwangsmassnahmen.

Hohe Kosten lassen sich gegenüber den Kunden nur rechtfertigen, wenn dafür unsere Produkte besser sind. Stete Innovation ist die Grundlage dafür. Der Staat kann diese zwar erleichtern, aber nicht selber realisieren. Es braucht in erster Linie unternehmerische Leistung.

Damit die Politik wirtschaftsfreundlich entscheidet, braucht es entsprechende Köpfe in Gemeinderäten, Grosse Rat, Regierungsrat. Viele dieser Behörden werden mit Milizpolitikern besetzt und können nur auf dieser Basis funktionieren. Erfüllen wir unsere daraus resultierende Verpflichtung und nutzen wir die Chance. Machen wir selber Politik und/oder ermöglichen wir es Mitarbeitenden, politisch tätig zu sein!



### Fazit

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor schwierig und unsicher, auch wenn es im Binnenmarkt mehrheitlich nicht schlecht läuft. Der harte Anpassungsprozess an die veränderten Wechselkursverhältnisse wurde schwergewichtig in der Industrie und im Detailhandel (verschärft durch den Onlinehandel) absorbiert. Unsere Unternehmen sind fit in diese Situation gekommen und behaupten sich erfolgreich. Dank grossem Engagement von Unternehmern und Mitarbeitenden haben sie auch in Zukunft ihre Chance. Als Grundlage dafür müssen Politikerinnen und Politiker aufhören, immer weiter an der Regulierungsschraube zu drehen. **Zu starkes und zu langes Drehen an einer Schraube kann bekanntlich die Schraube und das dazugehörige Gewinde kaputt machen. Das wollen wir nicht.**

## 4. NEIN zur schädlichen Energiestrategie 2050

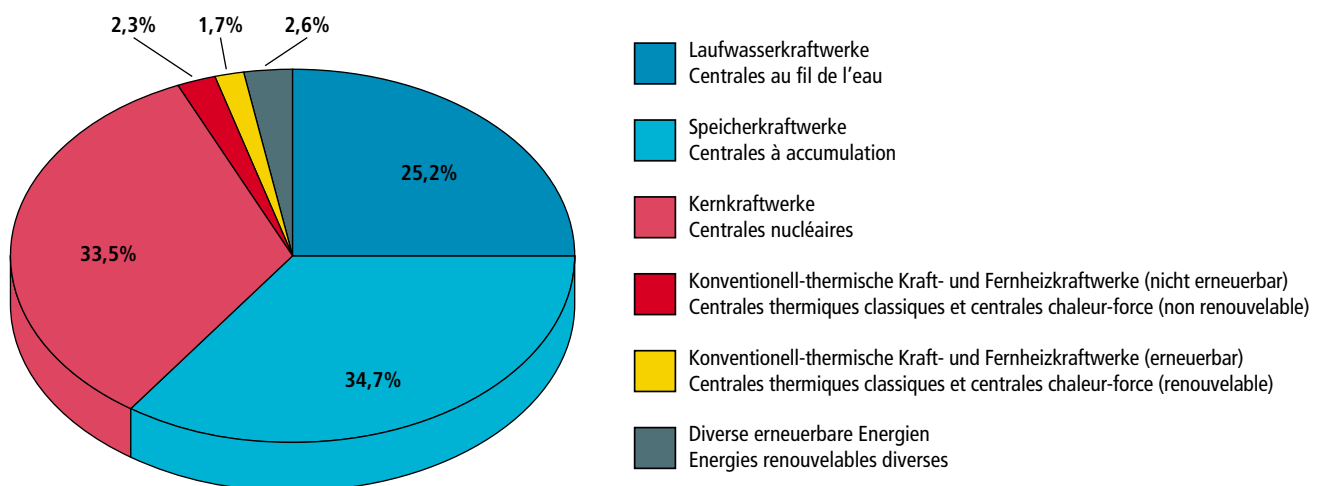


Hansjörg Knecht,  
Unternehmer,  
Nationalrat, Leibstadt

Im Nachgang zur Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 haben Bundesrat und Parlament den sukzessiven Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie beschlossen. Dieser Entscheidung sowie weitreichende Veränderungen im internationalen Energieumfeld verlangen nach einer Umgestaltung des Schweizer Energiesystems. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat die Energiestrategie 2050 erarbeitet und dem Parlament ein erstes Massnahmenpaket unterbreitet. Mit diesen Massnahmen möchte der Bundesrat die Energieeffizienz steigern und die Potenziale von erneuerbaren Energien und der Wasserkraft ausschöpfen. Die Energiestrategie bedingt eine Totalrevision des Energiegesetzes sowie Änderungen in verschiedenen weiteren Bundesgesetzen. Sie steht nun im Parlament vor der endgültigen Verabschiedung und eine zweite Etappe zur Ablösung des bestehenden Fördersystems durch ein kompliziertes und bürokratisches Lenkungssystem ist bereits in der Pipeline.

Die neue Energiestrategie des Bundes stand schon von Beginn weg unter dem Banner von links-grünen Ideologien. Von Anfang an waren massive Subventionen, zahlreiche Regulierungen und Verbote prägender Teil der Strategie. Nur so lässt sich auch der milliarden-schwere Subventionswahnsinn erklären. Für den Ersatz der 33,5% Kernenergie und für den weiteren Ausbau der bisher 2,6% erneuerbare Energien wird eine völlig illusorische Energiepolitik betrieben (vgl. Grafik).

### STROMPRODUKTION DER SCHWEIZ IM JAHRE 2015 NACH KRAFTWERKKATEGORIEN, IN % PRODUCTION DE L'ÉLECTRICITÉ DE LA SUISSE EN 2015 PAR CATÉGORIES DE CENTRALES, EN %



Quelle: BFE, Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2015 (Fig. 1) Source: OFEN, Statistique suisse de l'électricité 2015 (Fig. 1)

Vorsichtige Schätzungen rechnen mit Kosten der Energiestrategie 2050 im Umfang von 150 bis 200 Milliarden Franken bis ins Jahr 2050. Es wird also eine Kostenlawine auf die Bevölkerung und Wirtschaft von 5 bis 7 Milliarden pro Jahr zurollen. Bezahlen werden diese Mehrausgaben insbesondere die Haushalte und der Steuerzahler sowie das Gewerbe und die energieintensiven, aber nicht abgabenbefreiten Unternehmen der Exportindustrie. Die Konsumenten und Bürger sowie die Unternehmen werden die Leidtragenden dieser illusorischen Politik sein.

**Die Energiestrategie 2050 gefährdet damit unsere bisher kostengünstige und verlässliche Stromversorgung.** Da Strom eine Schlüsselenergie ist, wird damit auch unser Wirtschaftsstandort negativ beeinträchtigt. Stromversorgung ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für unsere Wirtschaft. Das Übermass an staatlicher Förderung, Lenkung und Steuerung setzen diesen wichtigen Standortfaktor aufs Spiel.

Gleichzeitig werden mit der Energiestrategie auch die Auslandabhängigkeiten grösser und die Versorgungssicherheit wird gefährdet. Denn es ist damit zu rechnen, dass Gaskombikraftwerke und Importe den fehlenden Atomstrom ersetzen werden müssen. Parallel dazu braucht es einen teuren Ausbau der Stromnetze und viel Geld für die Energieforschung. Für den Unternehmensstandort Schweiz ist eine preiswerte und verlässliche Stromversorgung jedoch von grosser Wichtigkeit. Abhängigkeit vom Ausland machen zudem auch politisch erpressbar. Damit ist für mich klar, dass das Referendum gegen diese ideologische Energiepolitik ergriffen werden muss.

# ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG

**Donnerstag, 17. November 2016  
19.30 Uhr, Gasthof Ochsen, 5242 Lupfig**

**ROGER KÖPPEL, NATIONALRAT  
CHEFREDAKTOR WELTWOCH**

**«Europapolitik: Quo vadis»**

**Institutionelles Rahmenabkommen –  
Masseneinwanderung – Migrationspolitik**

**verbunden mit einer Kurzpräsentation zur  
Kostenfolge der Migration durch**

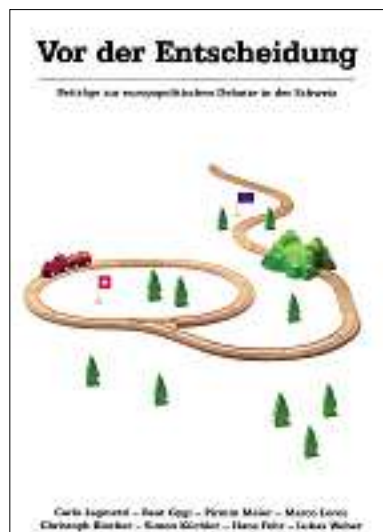
**NATIONALRAT LUZI STAMM**

**Die beiden Referenten sind Mitglieder  
der aussenpolitischen Kommission**

**Mitgliederversammlung um 18.00 Uhr**

## 6. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Des Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unseren Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



8 Beiträge zur aktuellen europapolitischen Debatte der Schweiz

kostenlos



Chancen und Mängel der Energiestrategie 2050 von Eduard Kiener (ehemaliger Direktor Bundesamt für Energie)

kostenlos



Fundstücke und Debattenbeiträge zum Thema der «letzten Tage Europas»

CHF 30.–

## 7. Mitgliederwerbung

### Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

**Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!**

Hier abtrennen

### Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Genaue Anschrift: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

- Jahresbeiträge:
- Fr. 50.– für Privatpersonen
  - Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
  - ab Fr. 200.– für Gönner

**Freiwillige Spenden willkommen!**

Allenfalls fakultative Zusatzinformation: Alter: \_\_\_\_\_ Beruf, Stellung: \_\_\_\_\_

Politische Mandate: \_\_\_\_\_

(eidg./kantonal/kommunal)

**Postanschrift:** PERSPECTIVE CH  
Postfach 2111  
5001 Aarau

**Telefon:** 056 464 28 49  
**Fax:** 056 464 28 35  
**Email:** info@perspective-ch.ch

**Bankverbindung:** Neue Aargauer Bank  
5001 Aarau  
PK 50-1083-6  
KK 529798-81

[www.perspective-ch.ch](http://www.perspective-ch.ch)